

Brief aus Berlin

Ihres Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis Stuttgart-Süd

Dr. Stefan Kaufmann

01/2013

22.01.2013



Liebe Leserinnen und Leser, mehr als vier Wochen sind vergangen seit meinem letzten Brief. Die Sitzungspause über den Jahreswechsel habe ich dazu genutzt, der Familie und Freunden etwas Zeit zu widmen, viele Vier-Augen-Gespräche zu führen – und Kraft zu tanken für das begonnene Bundestags-Wahljahr. Ich hoffe, auch Sie konnten etwas zur Ruhe kommen. Noch unter dem Eindruck des äußerst knappen und am Ende sehr bitteren Ergebnisses der Niedersachsen-Wahl blicke ich mit diesem Brief auf unsere erste, noch recht unspektakuläre Sitzungswoche im neuen Jahr zurück. Zwei Erkenntnisse aus der Wahl habe ich gewonnen. Erstens: die Medienberichterstattung beeinflusst Wahlentscheidungen immer stärker; anders lässt sich das FDP-Zweitstimmenergebnis nicht erklären. Zweitens: Das Thema soziale Gerechtigkeit bewegt die Wählerinnen und Wähler – trotz oder gerade wegen der guten wirtschaftlichen Lage. In Berlin werden jedenfalls aufgrund der rot-grünen Blockade im Bundesrat zukünftig noch mehr Themen auf Eis liegen. Was Niedersachsen auch zeigt: es lohnt sich, um jede Stimme zu kämpfen. Das will ich tun. Stuttgart wird zudem einmal mehr ins Blickfeld der bundesweiten Medien rücken. Das sollten wir nutzen, um zu zeigen, dass wir auch in Städten noch gegen die Grünen gewinnen können.

Es grüßt Sie herzlich

Impressum:

Dr. Stefan Kaufmann MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/227-72494
Fax: 030/227-76228
www.stefan-kaufmann.de

E-Mail:
stefan.kaufmann@bundestag.de

Saftverkauf auf der CMT zugunsten der AMSEL



Stuttgart – Am 14. Januar habe ich bereits zum vierten Mal an der traditionellen Aktion des ADAC Württemberg e.V. auf der Messe CMT teilgenommen und Fruchtsaft - gesponsert von der

Firma Vaihinger - an die Messebesucher verkauft. Der gesamte Erlös des Saftverkaufs geht an die Aktion AMSEL, der von Ursula Späth gegründeten Initiative zur Erforschung und Bekämpfung der Multiple Sklerose Krankheit (MS). MS ist eine unheilbare entzündliche Erkrankung des Nervensystems, deren Ursache trotz großer Forschungsanstrengungen leider immer noch nicht geklärt ist. Im dichten Gedränge auf der Touris-

musmesse kam die Benefiz-Aktion wie schon in den Jahren zuvor sehr gut an. Die Unterstützung sozialer Projekte ist mir eine Herzensangelegenheit. Daher helfe ich gerne, wo ich kann.



Festhalten am wachstumsfreundlichen Konsolidierungskurs

Berlin – Das Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr voraussichtlich um 0,4 Prozent wachsen – und damit 0,3 Prozentpunkte weniger als 2012. Diese Prognose entstammt dem von der Bundesregierung veröffentlichten Jahreswirtschaftsbericht 2013. Danach wird die konjunkturelle Dynamik vor allem von der Bin-

nennachfrage getragen. Private Konsumausgaben und private Wohnungsbauinvestitionen spielen eine entscheidende Rolle. Die Bundesregierung hält an ihrem wachstumsfreundlichen Konsolidierungskurs fest. Bürger und Unternehmen werden in diesem Jahr um insgesamt annähernd acht Milliarden Euro ent-

lastet. Für 2014 will die Bundesregierung einen Haushalt ohne strukturelles Defizit aufstellen. Das Ziel der Schuldenbremse – ein strukturelles Defizit von höchstens 0,35 Prozent des BIP – hält die Bundesregierung bereits 2012 ein, also vier Jahre früher als im Grundgesetz vorgeschrieben.

Festakt zum 50. Jahrestag des Elysée-Vertrags



Berlin – Der Deutsche Bundestag und die französische Assemblée nationale feiern den 50.

Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-französischen Elysée-Vertrages am Dienstag, 22. Januar, mit einer gemeinsamen Sitzung im Reichstagsgebäude in Berlin. Nach einem gemeinsamen Mittagessen und Regierungserklärungen von Staatspräsident François Hollande und Bundeskanzlerin Angela Merkel

werden wir Abgeordneten eine gemeinsame Erklärung beschließen, wonach die deutsch-französische Zusammenarbeit auch und gerade in Zeiten politischer und ökonomischer Krisen für ein weiteres und tieferes Zusammenwachsen der EU sorgen soll. Dazu werden gemeinsame Arbeitsgruppen eingerichtet.

Der Elysée-Vertrag

Am 22. Januar 1963 unterzeichneten Staatspräsident Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer im Pariser Elysée-Palast den Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit – kurz Elysée-Vertrag. De Gaulle und Adenauer versicherten sich in dem heute auch als Jahrhundertvertrag gewerteten Abkommen ihrer gegenseitigen Überzeugung, „dass die Versöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk, die eine Jahrhunderte alte Rivalität beendet, ein geschichtliches Ereignis darstellt“. Im Vertrag schrieben beide Länder fest, dass die Außen-, Europa- und Verteidigungspolitik koordiniert und abgesprochen werden soll. Festgelegt wurde ein verbindlicher Konsultationsmechanismus auf höchster Ebene.

Koalition ist Vorreiter bei der Finanzmarktregulierung

Berlin – Am Donnerstag haben wir unseren Antrag für die Fortsetzung der „schärferen und effektiveren Regulierung der Finanzmärkte“ beschlossen. In dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, „bei ihren Anstrengungen zur Reform der Finanzmärkte nicht nachzulassen und weiterhin für das Ziel einzutreten,

dass kein Finanzmarkt, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzmarktprodukt ohne angemessene Regulierung und Aufsicht bleiben darf“. Wir bekennen uns zur Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht. Dabei muss aber „Qualität vor Schnelligkeit“ gehen. Zu den weiteren Forderungen gehört die Vorlage eines

Gesetzgebungsvorschlags zur Sanierung und Abwicklungsplanung von Kreditinstituten. „Banken müssen gesetzlich verpflichtet werden, frühzeitig Sanierungsmaßnahmen zu planen, und die Bankenaufsicht muss verpflichtet werden, Abwicklungspläne für das Scheitern von Sanierungsmaßnahmen bereitzuhalten“.

Exportschlager duale Berufsausbildung

Berlin – Sechs EU-Länder wollen künftig bei der Reform ihrer Ausbildungssysteme eng mit Deutschland zusammenarbeiten. Auf Einladung von Bundesbildungsministerin Annette Schavan haben Deutschland, Spanien, Griechenland, Portugal, Italien, die Slowakei und Lettland unter Beteiligung der Europäischen Kommission in Berlin ein Memorandum unterzeichnet. Es enthält zahlreiche konkrete Maßnahmen zur Einführung eines Systems der beruflichen Bildung

nach deutschem Vorbild. Ziel ist, dass 80 Prozent aller jungen Menschen bis 2020 in der EU Arbeit haben sollen. Derzeit liegt in EU-Staaten wie Griechenland und Spanien die Jugendarbeitslosigkeit bei über 50 Prozent, europaweit ist jeder Vierte unter 25 ohne Arbeit. Deutschland weist mit einer Quote von rund acht Prozent den EU-weit niedrigsten Stand auf, was auf sein eng mit der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt verzahntes duales Ausbildungssystem zurück-

geführt wird. Vereinbart sind Austauschmöglichkeiten für 30.000 Jugendliche, zum Beispiel in Form von Praktika und Ausbildungsphasen. In den Partnerländern werden 30 regionale Ausbildungsnetzwerke geschaffen, sechs politische Beratungsprojekte werden aufgesetzt. Die Erfolge Deutschlands bei der beruflichen Bildung waren auch Gegenstand der Plenardebatte am vergangenen Donnerstag über den diesjährigen Berufsbildungsbericht.

Höchststand

Berlin – Die Zahl der Erwerbstätigen lag 2012 im Durchschnitt bei rund 41,5 Millionen. Damit waren im vergangenen Jahr so viele Menschen in Deutschland erwerbstätig wie noch nie. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Erwerbstätigen um 416.000 Menschen gestiegen. Der neue Rekord ist der sechste Höchstwert in Folge: die Zahl der Erwerbstätigen ist seit 2005 um 2,66 Millionen Personen gestiegen. Somit sind 6,8 Prozent mehr Menschen erwerbstätig als noch vor sieben Jahren. Zudem hat sich im gleichen Zeitraum die Zahl der Erwerbslosen um 2,23 Millionen verringert und liegt nun bei nur noch 2,34 Millionen Erwerbslosen. Eine erfreuliche Entwicklung!

Quelle: Statistisches Bundesamt

Ärztliche Zwangsbehandlung nur als Ausnahme - Rechte psychisch Kranker gestärkt

Berlin – Psychisch Kranke dürfen nur in Ausnahmefällen gegen ihren Willen ärztlich behandelt werden. Ein entsprechendes Gesetz verabschiedete der Bundestag nach intensiven Beratungen am Donnerstag. Damit wird im Betreuungsrecht eine Lücke geschlossen, die nach Entscheidungen des Bundesgerichtshofs im vergangenen Jahr entstanden ist. Konkret geht es um die ärztliche Behandlung eines Betreuten, der aufgrund einer psy-

chischen Krankheit oder einer geistigen oder seelischen Behinderung die Notwendigkeit einer Behandlung nicht erkennen kann oder sie ablehnt. Eine solche Behandlung gegen den Willen des Betroffenen soll ausschließlich im Rahmen einer Unterbringung in einer geschlossenen Einrichtung erfolgen. Sie soll nur dann möglich sein, wenn sie zwingend erforderlich ist, um schwerwiegende Gesundheitsschäden abzuwenden. Das Gesetz orientiert

sich eng an verfassungsrechtlichen Vorgaben. So müssen alle mildereren Möglichkeiten ausgeschöpft sein, bevor eine Zwangsbehandlung angeordnet werden darf. Zudem muss zuvor ernsthaft und mit dem nötigen Zeitaufwand versucht werden, den Betroffenen von der Notwendigkeit der ärztlichen Maßnahme zu überzeugen. Mit dem Gesetz werden zudem die Verfahrensrechte des Betroffenen gestärkt. Jede Einwilligung des Betreuers

in eine ärztliche Behandlung bedarf einer ausdrücklichen gerichtlichen Genehmigung. Für den Betreuten wird dabei stets ein Verfahrenspfleger bestellt, der seine Rechte vor Gericht wahrnimmt. Das Gericht muss zudem den Betroffenen persönlich anhören und sich einen unmittelbaren Eindruck von ihm verschaffen. Es muss schließlich ein ärztliches Gutachten über die Notwendigkeit der Behandlung einholen.

Einladung zur Bürgersprechstunde in Stuttgart-Vaihingen

Einmal im Monat führe ich in wechselnden Stadtbezirken meines Wahlkreises eine Bürgersprechstunde durch – unkompliziert und ohne Voranmeldung. Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu meiner nächsten Bürgersprechstunde am **Freitag, den 25. Januar 2013 von 16.00 Uhr bis 18.30 Uhr in Stuttgart-Vaihingen** ein. Die Sprechstunde findet in den Räumen der **Alten Kelter, Kelterberg 5, 70563 Stuttgart** statt. Natürlich sind auch Gespräche außerhalb dieses Termins möglich. Zur Terminvereinbarung wenden Sie sich bitte an eines meiner Büros.